

# Kemberger Zeitung

vormals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages, wöchentlich zweimal: Sonnabend, Sonntagabends und -Mittwoch. — Bezugspreis: Monatlich für Abholer 1,25 M., durch Boten ins Haus gebracht in Kemberg 1,35 M., in den Landorten 1,40 M., durch die Post 1,45 M. — Im Falle höherer Gewalt Betriebsstörung Streifen usw. erlischt jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die 5spaltige Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg., die 6spaltige Kleinzeile 20 Pfg., Ausnahmehöhe 30 Pfg. — Die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für wichtige Werbungen unentgeltlich geschilderter oder durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. / Bellagegebühr: 10.— M. Das Laufen, zuzüglich Postgebühr! Schluß der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg,

das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 70

Donnerstag, den 19. Juni 1930

32. Jahrg.

Donnerstag, den 26. Juni, 14 Uhr,

## Mütterberatungsstunde

im Bürgeraal.

Kemberg, den 17. Juni 1930.

Der Magistrat.

Wer im Staatsort Tornau in diesem Jahre

## Beeren und Pilze

fammeln will, wird aufgefordert, sich bis zum 25. Juni in der Stadtbücherei zu melden.

Kemberg den 17. Juni 1930.

Der Magistrat.

## Für Berufsschüler.

Die Regierung hat die Unterrichtszeit für jeden Berufsschüler auf 6 Stunden wöchentlich festgelegt. Daraus ergibt sich die Unterrichtszeit der Nichtschüler von 4 auf 6 Stunden.

Wir bitten die Lehrmeister, alle Lehrlinge von nächsten Montag an regelmäßig dreimal wöchentlich zum Unterricht zu schicken.

Kemberg, den 18. Juni 1930.

Der Magistrat.

## Neues in Kürze.

- \* Die preussische Regierung hat zu dem Defizitprogramm Molkenhauers Vorschläge eingereicht, von deren Annahme sie ihre Haltung in dieser Frage abhängig macht.
- \* Neben den Demokraten und der Volkspartei hat jetzt auch ein einziger Abgeordneter der Reichspartei ihre Bedingungen zum Defizitprogramm bekanntgegeben.
- \* Am Reichstag kam es zu heftigen Zusammenstößen zwischen den Sprechern der einzelnen Parteien und den Nationalsozialisten.

## Haushalt des Innern.

Das Stöcker Budgetverfahren.

— Berlin, 17. Juni.

Präsident Stöcker eröffnet die Reichstagsitzung um 3 Uhr. Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung des Haushalts des Reichsministeriums des Innern. Vor Eintritt in die Beratung gibt

Reichsinnenminister Dr. Wirth zu den Bücherei-Berichterstatterungen eine Erklärung ab, in der er den betroffenen Familien das beste Maßgefühl der Reichsregierung ausdrückt. Sowohl vom Staate Stöcker wie auch weiterhin gefolgt alles, um eine möglichst völlige Ausfüllung herbeizuführen. Die Untersuchungen über das Verfahren selbst würden noch etwa sechs Wochen dauern.

Ug. Sollmann (Soz.) beglückwünscht zunächst den Verein für das Deutschtum im Ausland zu seinem Jubiläum und verbindet damit den Wunsch, daß es ihm mehr und mehr gelingen möge, sich von chauvinistischen und antirepublikanischen Randgebungen freizumachen. Er wendet sich dann gegen die vom Ausschuss angenommene Entschlüsselung des Kulturboikottens. Der Redner beschäftigt sich dann mit der Frage einer Wahlrechtsreform. Für eine Abschaffung des Verhältniswahlrechts werde es die notwendige Mehrheit im Reichstag nicht geben. Eine Verringerung der Abgeordnetenanzahl lehne die Sozialdemokratie ab. Der Reichstag müsse mehr für Aufklärung über sich selbst sorgen. Das ganze Reichsparlament solle jährlich nur den zehnten Teil eines Kongressschiffes, nur 0,12 Pfennig auf den Kopf der Bevölkerung.

Als dringlich bezeichnete der Redner die Reichsreform. In diesen Zusammenhängen erörtere er auch den Konflikt des Reiches mit Thüringen. Das Vorgehen des Ministers Seuring habe sich als richtig erwiesen. Es sei eine unerhörte Zustimmung des Reiches, dem erklärten Rufschrei und gerichtlichen Hochverrat Fric Reichsgelder zur Verfügung von Nationalsozialisten in die Hand zu geben. Das Uniformverbot und der Erlaß über die Schnellpost seien zu begrüßen.

Ug. Dr. Spahn (Dnt.) kritisiert das Vorgehen des Innenministers gegen die thüringische Regierung und gegen den westfälischen Stahlhelm.

Gerade mit, so führt der Redner fort, haben den jetzigen Reichspräsidenten auf den Schild erhoben, weil er eine über den Parteien stehende Persönlichkeit ist, die auch über dem Streit der Parteien stehen soll. Um so größer ist unser Schmerzliches Bedauern darüber, daß die jetzige Regierung nicht die Fortschritt der Reichspräsidenten gegenüber wollen läßt, die gefolgt ist. Die jetzige Regierung rührt an die Grundlagen des reichspräsidenten Amtes durch die Art, wie sie den Reichspräsidenten in den Vordergrund schiebt, um vollkommene Augenblinderfolge zu erzielen.

Jetzt schon sind Kräfte genug am Werke, um nach dem Scheitern des Experiments Brüning mit neuen Methoden den schon vom ersten Kabinett Müller gemachten Versuch zu wiederholen, die Regierung in die Hand einer Arbeitsgemeinschaft von Kapital und Masse zu legen. Das Ver-

ständnis für konstruktive Gedanken ist in allen bürgerlichen Parteien gewachsen. An der Zentrumspartei wird es sogar dem Republikaner Dr. Wirth nachgehakt. Wir sind trotz mancher Gegenstände auf anderem Gebiet einig mit den Nationalsozialisten in der Ablehnung dieser Regierungsauffassung.

## Reichsinnenminister Dr. Wirth

erwidert, ihm liege nichts ferner, als mit schätzlichen Maßnahmen der Opposition entgegenzutreten. Das geht auch für das Stahlhelm-Verbot im Westen. Die Vorlegung eines neuen Reichsschulgesetzes wäre sehr erwünscht, aber ein praktischer Erfolg sei damit nicht zu erreichen, solange keine Zusätze auf ein Kompromiß der Fricge in der Schmatzschulfrage vorhanden sei. Die Behandlung der Schulgesetzfrage durch die thüringische Regierung habe auch in Kreisen der evangelischen Theologen viel Widerspruch gefunden.

Es gehe gegen Sinn und Geist der Verfassung und des deutschen Volkstums, daß Gebete anempfohlen werden, die geeignet sind, Gruppen von Volksgenossen zu verlehen. Ug. Dr. Goeßels (Nat.-Soz.) Das sind ja keine Volksgenossen — Unruhe. Der Ruf ist ein Ordnungsruf. Auch im Zentrum gebe es nur eine einstimmige Beurteilung der thüringischen Schulgebete.

## Ug. Dr. Schreiber (Ftr.)

bezeichnet es als unerträglich, daß man von Reich und Ländern in den letzten Jahren in zunehmendem Maße zum Staatsgerichtshof laufe. Wir sind Gegner jeder Ausnahme-gesetzgebung, stimmen aber der Auffassung zu, daß Nationalsozialisten nicht leitende Beamte der Polizei sein können. Dem Unmut des politischen Straßentamples muß rückwärtslos ein Ende gemacht werden, nötigenfalls auch durch das Verbot von Uniformen und Abzeichen. Es ist ein Verlebens des Kabinetts Brüning, daß es die Fricge nach dem richtig verstandenen und richtig anempfohlenen Parlamentarismus mehr in den Vordergrund gestellt hat. Schließlich müssen wir fordern, daß das religiöse Kulturgut unferes Volkes stärker geschützt wird.

## Ug. Haseloff (Komm.)

erklärt, der Kernpunkt des Haushalts sei, daß Reichs- und Ländervertr. noch fester in Anwendung gebracht werden sollen.

Die Beratungen werden abgebrochen. Das Haus verlegt sich darauf auf Dienstag 12 Uhr. Weiterberatung des Haushalts des Reichsinnenministeriums.

## Fric vor dem Reichstag.

— Berlin, 18. Juni.

Die zweite Beratung des Haushalts des Reichsinnenministeriums wird fortgesetzt.

Abgeordneter von Kardorff (D. Wp.) bepricht zunächst die Lage des höheren Schulwesens und macht darauf, ein hienaltes, akademisch-gebildetes Proletariat heranzuziehen. Der Fricge Erlaß wegen der Schulgebete sei eine Blaspemie. (Große Unruhe bei den Nationalsozialisten.) Abgeordneter Stöck (Nat.-Soz.) wird vom Präsidenten aus dem Saale gewiesen, als er ruft: Das ist zum Kohn! Im Zusammenhang mit dem Konflikt mit Thüringen betont der Redner die Notwendigkeit der Bekämpfung der Reichsreform, die mit der Selbständigkeit der Einzelstaaten Schluß macht. Die Uniformverbot seien zu begrüßen, die Durchführung des Wasserverbots müsse noch energischer erfolgen als bisher. Das Notopfer lehne die Deutsche Volkspartei ab, sie sei aber bereit, an allen anderen Lösungen positiv mitzuwirken.

Abgeordneter Dreimig (W.-F.) führt aus, die Antipathie weiter Volkstums gegen den neuen Staat richte sich nicht gegen die republikanische Staatsform, sondern sie sei auf das Gefühl zurückzuführen, daß die Verfassung nur für bestimmte Kreise in Deutschland in Anwendung gebracht wird. Der Redner befragt vor dem Antrag seiner Partei, das Wahlalter auf 24 Jahre heraufzusetzen. Dann werde erstens die Zahl der Mandate verringert, und zweitens könne sich dann der Nationalsozialist Dr. Fric seine Wähler mit der Laternen juchen. Die Reichsreform werde ganz von selbst unter dem Druck der wirtschaftlichen Not kommen.

Abgeordneter D. Mumm (dnat. Arbeitsgemeinschaft) bekennt die Zuspaltung des Konfliktes mit Thüringen. Zur Frage der Schulgebete erklärt er, daß einige nicht zu beanstandet seien, andere aber mit dem Geist der christlichen Religion nicht vereinbar seien.

Abgeordneter Leichter (Kaper. Wp.) bittet den Minister, sich nicht durch Parlamentarieren zu einem überzürzten Tempo in der Frage der Reichsreform drängen zu lassen. In der Frage des Konfliktes mit Thüringen stimmt der Redner den Ausführungen des Abgeordneten von Kardorff zu. In das Gebot dürfte man nicht die Beurteilung ganzer Volksgenossen einschließen. Abgeordneter Dr. Fric (Nat.-Soz.) Das steht doch nirgends drin! Auf die Frage, warum nicht gegen die Juden rede, habe ich einmal geantwortet: Ich bin ein Vertreter der christlichen Weltanschauung, die das Gebot enthält, daß wir alle Menschen lieben sollen. (Rufe bei den Nat.-Soz.: Nur die Nationalsozialisten nicht!) Ich habe die Nationalsozialisten gerade so gern wie die Juden (Heiterkeit).

Abgeordneter Dr. K. Ullrich (Dem.) stimmt der Haltung des Ministers gegenüber Thüringen zu. Für die Reichsreform bieten die Demokraten nach wie vor an der Forderung des dezentralisierten Einheitsstaates fest. Zur Wahlreform erklärt der Redner, daß das Stimmwahlrecht wegen seiner großen Mängel beseitigt werden müsse.

## Ug. Dr. Fric

mit lebhaften Zurufen empfangen, führt aus, der Kampf gegen Thüringen habe groteske Formen angenommen. Die richtige Antwort auf die Sperrung der Polizeizulassung wäre, den thüringischen Finanzämtern die Ministerien der Oberen und des Reichs zu unterlegen. (Große Gelächter links und Rufe: Verleihen Sie das doch einmal!) Im Gegenzug zu Seuring habe sich Dr. Wirth zunächst bemüht, objektive Dinge anzusehen. Staatssekretär Zeigert habe sich überzeugt, daß in Thüringen alles in bester Ordnung und die Sperrung der Polizeigelder unbedeutend war.

Die Verlaßlichkeit der Polizei habe dann in der Folge die Bezeugung einiger Stellen notwendig gemacht. Die thüringische Regierung habe dabei nicht das preussische Beispiel übernommen, verbundene Parteigenossen an die Spitze zu bringen, sondern Demagogikbeamtete vorgezogen, die den allgemeinen Befähigungsnachweis erbracht hatten.

(Ärmende Zurufe links. — Abgeordneter Dreher (Nat.-Soz.) erhält wegen verschiedener Zurufe den dritten Ordnungsruf.) Das Vorgehen des Innenministers widerspricht der Verfassung. Der unpolitische Charakter der Polizei ist in Thüringen durchaus gemährt. Es ist überhaupt unmöglich, daß Nationalsozialisten nicht Polizeibeamte sein dürfen, wenn sogar der oberste Chef der Polizei Nationalsozialist ist.

Wenn man schon ein Ausnahmeverbot schaffen will, muß man zunächst dafür sorgen, daß es sich vornehmlich als Innenminister entwirrt.

(Ärmende Zustimmung links. — Abgeordneter Kubnt (Soz.) erhält einen Ordnungsruf. — Abgeordneter Dreher (Nat.-Soz.), der in Zurufen die Gehaltsaufhebung des Präsidenten kritisiert, wird zum vierten Male zur Ordnung gerufen und aus dem Saale gewiesen. — Värm bei den Nat.-Soz. — Abgeordneter Goeßels erhält mehrere Ordnungsrufe. Schließlich wird auch er vom Präsidenten aus dem Saale gewiesen.) Der Redner erklärt dann weiter, daß durch die Empfehlung der Schulgebete die verfassungsmäßige Gewissensfreiheit nicht eingengt worden sei. Voraussetzung für den Wiederaufbau sei die religiös-sittliche Erneuerung. Was die Worte „Werrat“ und „Betrug“ angeht, so fährt der Redner fort, so besteht doch kein Zweifel, daß die Sozialdemokraten, in höchstem Maße Volks- und Landessozialdemokraten und bauernde Schulfrüher. — Der Redner erhält einen Ordnungsruf.) Es handele sich bei den thüringischen Gebeten nicht um Hagggebete, sondern um Freiheitsgebete. Ich habe, so erklärt der Redner zum Schluß, den Eid auf die Reichsverfassung und die thüringische Staatsverfassung geleistet, ich habe aber nicht geschworen, in Weimar Berliner Politik zu machen. Ich werde betriebl sein, das grüne Herz Deutschlands zu einem Block des nationalen Widerstandes, des Wehr- und Freiheitswillens zu gestalten.

## Reichsinnenminister Dr. Wirth

stellt fest, daß der thüringische Minister Baum in der Frage der Schulgebete dem Minister Fric ernstliche Vorhalte gemacht habe.

Wenn in den von Dr. Fric empfohlenen Schulgebeten Gottes Strafe für Landesverrat und Volksverrat erlischt wird, so werden die Schüler doch fragen, wie es damit steht. Der gewöhnliche Lehrer wird dann auf die verschiedenen Hochverratsfälle eingehen und vielleicht spricht er auch davon, daß der jetzige Minister Dr. Fric, wegen eines Verjudes des Hochverrats zu einem Jahr und drei Monaten Zuchthaus verurteilt worden ist (Hört! Hört!)

Die von Dr. Fric empfohlenen Schulgebete sind in den Gutachten hervorragender evangelischer Theologen abgelehnt worden, auch von dem jüngst verstorbenen großen Theologen Harnack. (Zuruf des Abgeordneten Dr. Spahn (Dnt.) Herr Dr. Spahn, Sie müssen über vieles ein Urteil haben, aber nicht über das Lebenswerk Adolf von Harnacks (Beif. Zustimmung.) Die Art, in der die Nationalsozialisten die Disziplin in unserer kleinen Wehrmacht zu untergraben versuchen, in der sie den Reichspräsidenten beschimpfen, in der sie zum allgemeinen Sturz der Verfassung aufrufen, läßt es unmöglich erscheinen, einen leitenden Polizeipolizisten in die Hände eines Nationalsozialisten zu legen.

Die für die Bewehrung der Polizeizulassung aus Reichsminister in den Richtlinien festgelegten Voraussetzungen sind nicht erfüllt, wenn ein Nationalsozialist auf solche Posten gestellt wird. Darum ist der Reichsinnenminister verpflichtet, die Polizeizulassung an Thüringen zu sperren.

Abgeordneter Fric (Soz.) nennt die Rede des Abgeordneten Dr. Fric eine einzige Provokation gegenüber der Sozialdemokratie. Abgeordneter Frau R. Ullrich (Ftr.) befragt die thüringischen Zustände in den Großstädten. Das Angebot der Mädchen sei schon nachmittags so groß, daß sich die Männer durch die Hauptstraßen nur mit Mühe durchkämpfen können. Abgeordneter Dr. Neubauer (Komm.) erklärt, bei dem Kampf zwischen Reich und Thüringen handele es sich in Wahrheit nicht um Polizeifragen oder Schulgebete, sondern um die Schaffung eines mittel-

deutschen Fächtenblaus. Abgeordneter Grippen (Soz.) führt Beschwerde darüber, daß eine Übertragung der Meißner des fossilsicheren Kulturdenkmals durch Rundfunk in letzter Stunde verboten worden sei. Abgeordneter Pöhl (Wirtf.) begründet einen Antrag seiner Fraktion, den Gesamthaushalt des Anstaltsinterims um 5 Prozent zu kürzen.

## Moldenhauers Finanzgesetze.

Wortlaut und Begründung.

— Berlin, 18. Juni.  
Auf der Tagesordnung der Sitzung des Reichstages am Mittwoch leitet die Beratung der Steuergesetze der Reichsregierung. Zunächst sind auch Wortlaut und Begründung der Gesetze bekannt geworden.  
Das meiste Interesse beansprucht der Entwurf eines Gesetzes über eine

### Reichshilfe der Festsoldaten.

Die Reichshilfe fließt ausschließlich dem Reiche zu. Beitragspflichtig sind die Beamten und Angestellten des Reichs, der Länder, der Gemeinden und Gemeindeverbände, der Reichsanstalt, er sonstigen öffentlich-rechtlichen Körperschaften, der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft und die Soldaten der Wehrmacht, ferner die Beamten und Angestellten bei Unternehmungen oder Einrichtungen mit überwiegender Kapitalbeteiligung oder öffentlich-rechtlichen Körperschaften, weiterhin die Empfänger von Wartgeld, Ruhegeld, Witwen- und Waiengeld und anderen Bezügen oder geldwerten Vorteilen für frühere Dienstleistungen.

Der Kreis der Privatangehörigen, die für die Reichshilfe in Frage kommen, ist wie folgt umschrieben: Sonstige Personen, mit ihren Einnahmen, wenn sie den Betrag von 8400 M. jährlich übersteigen, und wenn es sich nicht um Personen handelt, die für den Fall der Arbeitslosigkeit pflichtversichert sind.

Von dem Beitrag sind befreit: Arbeitnehmer, bei denen ein Steuerabzug vom Arbeitslohn nicht vorzunehmen ist, sowie die Angestellten, sofern sie nicht seit dem 1. Juni 1929 oder einem späteren Zeitpunkt fortwährend ein Jahr hindurch in Beschäftigung standen haben.

Der Beitrag beträgt 4 v. H. der Einnahmen, bei den Behördenangehörigen, die der Arbeitslosenversicherung unterliegen, beträgt der Beitrag 2 v. H. der Einnahme. Der Beitrag wird von den Gehaltsentnahmen durch Einbeziehung eines Lohnsteuers, von den Löhne-Einnahmen im Wege der Veranlagung erhoben.

Die Reichsregierung ist ermächtigt, das Gesetz mit Wirkung vom 1. April 1931 ab zu mildern oder außer Kraft zu setzen.

Im dem Entwurf eines Gesetzes über ein eidespflichtiges in Höhe von 10 v. H. der Einkommensteuer heißt es u. a.: Als leibig im Sinne des Gesetzes gelten nur die Personen, die nicht verheiratet sind oder waren. Unverheiratete Frauen, denen Kindererwerbungen nach dem Einkommensteuergesetz zuteilen, sind vom Notopfer befreit.

### In der Begründung

wird über das Aufkommen des Notopfers mitgeteilt: Die Reichshilfe würde betragen bei dem Besoldungsstand der öffentlichen Beamten für die Beamten rund 328 Mill. M. Die Reichshilfe der Dauerangehörigen bei den Behörden, also bei den Angestellten, die 2 v. H. entrichten, 24 Mill. Mark. Die Reichshilfe der Privatangehörigen wird von einem Betrag von 1,25 Milliarden berechnet und auf 50 Millionen Mark gekürzt. In auffallend geringem Verhältnis dazu steht die Reichshilfe von den Auflichtstatistiken, die, von 100 Millionen berechnet, nur 4 Mill. M. bringen soll.

In der Begründung wird gesagt, das Ziel muß sein, nur bei solchen Steuern Erhöhungen vorzunehmen, die den mutmaßlich die geringsten volkswirtschaftlichen Schäden eintreten würden und mehr die dem Verbrauch dienenden Einkommensteuern als die Kapitalerträge, die ohnedies schon zu knapp der Produktion zu dienen bestimmt sind, zu schmälern.

## Wer steht noch zum Programm!

Die Forderungen der Wirtschaftspartei.

— Berlin, 18. Juni.

Der Vorsitzende der Wirtschaftspartei, Reichstagsabgeordneter Drenth, hat namens der Reichstagsfraktion an Reichstagsrat Brüning ein Schreiben gerichtet, worin zu den Deckungsmaßnahmen Stellung genommen wird. Eingangs wird auf die alte Forderung der Wirtschaftspartei

auf einen allgemeinen prozentualen Abtrieb im Gesamthaushalt hingewiesen, wodurch allein das Ziel einer wirklichen Ausgabenentlastung erreicht werden könne.

Ein entsprechender Antrag auf eine prozentuale Senkung der Gesamtausgaben um 5 v. H. wird angekündigt. Von der Stellungnahme der Regierung und der Einstellung der hinter der Regierung stehenden Parteien zu diesem Antrag werde die Wirtschaftspartei ihre weitere Haltung abhängig machen.

Einer Erhöhung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung könne die Wirtschaftspartei nicht zustimmen, wenn durch Veränderungen der Beiträge zur Krankenkasse die Gesamtlast nicht erhöht werde. Eine Befreiung der Angestellten, wie sie die Moldenhauerische Notopfer vorziehe, halte die Wirtschaftspartei für außerordentlich bedenklich, da die Angestellten wirtschaftlich erheblich schlechter gestellt seien, als die durch Beschlüssen vor Alter und Erwerbsunfähigkeit gesicherten Beamten. Dagegen halte die Wirtschaftspartei eine Milderung der Besoldungsordnung für notwendig. Zur Frage der Arbeitsdienstpflicht wird erklärt, daß der Augenblick gekommen sei, dieses Problem mit aller Beschleunigung der Lösung entgegen zu führen. Neue die Wirtschaft schädigende Steuern würde die Wirtschaftspartei mit aller Entschiedenheit ablehnen.

## Entschliebung der Demokraten.

— Berlin, 17. Juni.

Die demokratische Reichstagsfraktion hat einstimmig eine Entschliebung gefaßt, in der die vom Reichsfinanzminister getrossene Festsetzung eines abermaligen Festsatzes von etwa 4 Milliarden als schwerer Mißerfolg der bisherigen Finanzpolitik bezeichnet wird.

Es dürfe nicht wieder wie im April unter dem Druck der Androhung von Reichstagsauflösung und Anwendung des Artikels 48 überflüssig ein höchstens die Rot des Tages überwindendes Stimmrecht gefordert werden. Vielmehr müsse eine die Reichsfinanzen für die Dauer ordnende Finanzreform in die Wege geleitet werden, ohne auf die übrigen Parlamentsferien Rücksicht zu nehmen. Neue Steuern seien überhaupt von der Hand zu weisen, solange nicht alle Möglichkeiten der Ausgabenentlastung erschöpft sind. Dabei dürfe mit der Durchführung der Reichs- und Verwaltungserform nicht länger gezögert werden.

Der wirksamen Aufwertung von Sonderlasten zur Deckung des Festsatzes auf einzelne Schichten des Volkes wie sie durch die oben genannte Reichshilfe der Festsoldaten und die Ledigensteuer bedingt ist, werde die Fraktion nicht zustimmen.

## D.D.P.-Partei-Tagungen.

+ Beldorf a. d. Sieg, 17. Juni.

Die Deutsche Volkspartei hielt für den Bereich des Wahlkreises Koblenz-Trier und des hildesheimischen Bezirks in Beldorf a. d. Sieg einen Wahlkreis-Parteitag ab.

Der Parteitag sah eine Entschliebung, in der der tiefsten Sorge über die wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse des Reiches Ausdruck gegeben wird. Auch der Vorstand des Wahlkreises Köln-Laden, der in Köln tagte, beschloß sich in eingehender Aussprache mit dem von der Regierung vorgelegten Programm.

In einer Entschliebung kommt u. a. zum Ausdruck, daß ohne Reichsreform, ohne Verwaltungserform, ohne Wahlrechtsreform, ohne nachdrückliche Ausgabenbeschränkung, ohne echte Ausgabenentlastung, ohne Senkung der Gehaltslosse und der Dreizehntausend weder wirtschaftlich noch politisch gehoben könne.

## Selbst die eigene Partei . . .

— Berlin, 17. Juni.

Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei faßte eine Entschliebung, in der es heißt: Das Problem der deutschen Wirtschaft und der Finanzen des Reiches kann nicht von der Steuerseite, sondern nur von der Seite der Bekämpfung der Wirtschaft und der wirtschaftlichen Entlastung der Ausgaben angefaßt werden. Die Senkung der Produktionskosten muß durch Herabsetzung der Personalausgaben in der privaten Wirtschaft von oben bis unten, durch gleichzeitige Herabsetzung der Preise und durch eine starke Minderung der Ausgaben der öffentlichen Verwaltung in Reich, Ländern und Gemeinden durchgeführt werden.

Solange die Voraussetzungen für eine solche gemeinschaftliche Kraftanstrengung des ganzen Volkes, sei es durch freie Vereinbarungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitneh-

mern, lie es im Wege der Bekämpfung, nicht gegeben sind, bleibt eine einseitige Sonderbelastung wie „Notopfer“ oder „Reichshilfe der Festsoldaten“ ungerecht und wirkungslos und muß daher von der Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei abgelehnt werden.

Die gegenwärtige Gestaltung der Arbeitslosenversicherung unterliegt nicht nur die Finanzen des Reiches, sondern auch die Arbeitsmoral des deutschen Volkes und begünstigt die Konkurrenz, indem sie der Landwirtschaft notwendige Arbeitskräfte entzieht und sie in den Städten anhäuft, wo kein Bedarf für sie ist.

Hier kann nur eine grundsätzliche Umgestaltung helfen. Die Übernehmungen des Reiches an die Länder und Gemeinden sind als bald wirksam herabzusetzen. Als Ersatz dafür und zur Steigerung der Verantwortung der Länder und Gemeinden für ihre Ausgaben ist eine Bürgergarantie für jeden wahlberechtigten Gemeindeglieder reichsgesetzlich durchzuführen.

Die deutsche Wirtschaft im weitesten Sinne, die in sich sehr rationalisiert hat, und der deutsche Steuerzahler haben das Recht zu verlangen, daß auch die Verwaltung so rational und sparsam wie irgend möglich geführt wird. Es ist die Stunde gekommen, in der Frage der Reichsreform von Ermägungen und Verhandlungen zur Tat zu greifen.

## Erparnisse im Auswärtigen Dienst?

Der Ständige Ausschuss der Haushaltsauschusses des Reichstages beschäftigte sich mit der Prüfung der vom Haushaltsauschuss zurückgestellten Fragen zum Haushalt des Auswärtigen Amtes. Bei den Erörterungen, die in erster Linie die Kosten und die personellen Besetzungen der Landesvertretungen betrafen, ergaben sich Unstimmigkeiten. Der Ausschuss ersuchte daher das Auswärtige Amt um möglichst beschleunigte Vorlegung einer Tabelle über die effektive Stellenbesetzung und etwa mögliche Erparnisse im auswärtigen Dienst.

## Ministeranklage gegen Braun.

Wegen der Kritik des Staatsgerichtshofs.

— Berlin, 18. Juni.

Die Fraktion der Wirtschaftspartei hat im Preussischen Landtag den Beschluß beantragt, gegen den Ministerpräsidenten Dr. Braun wegen seiner kürzlich am Staatsgerichtshof geübten Kritik die Ministeranklage zu erheben.

An der Begründung wird ausgeführt, daß die von der höchsten preussischen Regierungsstelle in dieser Weise geübte Kritik an dem Urteil des Staatsgerichtshofs, die den deutschen Willen zeige, sich dem Spruch in der Verwaltungspraxis nicht zu fügen, geeignet sei, das Vertrauen in die Rechtspflege und damit in die Staatsautorität zu gefährden.

## Curtius und die Weltkrafkonferenz.

— Berlin, 17. Juni.

Der deutsche Reichsminister des Auswärtigen Dr. Curtius begrüßte die Teilnehmer an der Weltkrafkonferenz bei einem von der Reichsregierung veranstalteten Empfang mit einer Ansprache. Er gab seiner Freude Ausdruck, Vertreter von 47 Nationen zusammen mit den deutschen Kongreßteilnehmern willkommen heißen zu dürfen. Er gab der Überzeugung Ausdruck, daß jeder Schritt auf dem Wege zur Lösung der großen technischen, wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Aufgaben geeignet sei, die Völker einander näher zu bringen. Raum und Zeit zu überwinden und die wirtschaftliche Lage aller zu verbessern. Zum Schluß wünschte er den Arbeiten der Tagung vollen Erfolg.

## Ein neues Deckungsprogramm.

Preussische Aenderungsvoor schläge.

— Berlin, 17. Juni.

Die Sitzung des Reichstages, in der das Finanzprogramm der Reichsregierung zur Beratung steht, dürfte sich über längere Zeit hinziehen, da einmal seitens der Länder Beteiligung an der Reichshilfe gefordert werden dürfte, weil nach den Bestimmungen des Finanzausgleichs die Länder mit 75 Prozent an der Einkommensteuer partizipieren und die Reichshilfe von verschiedenen Ländern als Zuschlag zur Einkommensteuer betrachtet wird. Außerdem dürften noch andere Aenderungs-Vorschläge gemacht werden.

## Seine blinde Frau

Originalroman von Gert Rothberg.

42. Fortsetzung

Nachdem verboten

Wein ganz früheres leichsinnes Leben habe ich fortgeworfen. Ich habe streng gearbeitet, um deine Achtung zu gewinnen. Du hast mein letztes Wort, „Die Alze“ gefaßt. Aber, verzehle mir, Ethel, heute verlangt mein Herz mehr von dir. Heute schreit mein ganzes Wesen nur noch nach deiner Liebe.“

Sie hatte verträumt, doch selb lächelnd über ihn hinweggefahren.

Seine Augen bingen mit Sehnsucht an ihrem Munde.

„Frei“, sagte Ethel leise, „ich will die Deine sein. Nicht will ich Mittelde habe mit deiner treuen Liebe, mein. Ich selbst liebe dich von ganzem Herzen.“

Er sah eine neue Welt unglücklich in ihr Gesicht. Dann rief er mit einem tiefen Jubelruf in seine Arme. Sie branten ihre Lippen auf den ihren. Und sie erwiderte seine Küsse. Selbstvergessen hielten sie einander umschlungen. So saßen sie lange Zeit.

„Du wirst mir glauben, wenn ich dir sage, daß nur eine ganz ernste Angenehmheit mich dazu zwang, dich in deiner Wohnung aufzufinden.“

„Du küßte sie innig. Dann sprang er auf, schritt hinüber zur Chaiselongue, setzte sich und zog Ethel auf seine Arme.“

„Dun erzähle, mein Liebling.“

„Ein Schmelmelächeln stand plötzlich auf Ethels liebem Gesicht.“

„Frei, wie gefällt dir Inge Stern?“

„Die deutsche Sänglerin? Wie kommt du darauf?“

„Antworte mir“, bat Ethel.

„Ja, sie gefällt mir sehr. Sie ist noch viel schöner, als wie wir die Bild in der Zeitung sehen. Auch nicht scheint sie nichts von den Tanten der gezeichneten Primadonnen zu haben. Ihr Gesicht ist herrlich; damit singt sie sich jedem Menschen ins Herz hinein.“

Ethel lächelte. „Also sie gefällt dir. So, ja.“

„Er bläste sie kühnlich entsetzt an. „Du, ich habe dir nur ganz offen meine Meinung über Inge Stern gesagt. Im übrigen aber bin ich nicht mehr der Feind von früher. Jetzt sind mir alle Primadonnen der Welt gleichgültig. Ich liebe nur dich und werde mein Glück immer nur bei dir finden.“

„Sie ist seit ein paar Tagen meine Freundin. Wir nennen uns du“, sagte Ethel.

„Das ist mir sehr angenehm. Mir ist alles angenehm, was du tust“, murmelte Salbern pantofelbedeckte, Ethels helles Lächeln klang auf. „Du Dummer“, sagte sie und küßte ihn.

„Weißt du, wer Inge Stern in Wirklichkeit ist?“

„Ich? Ne. Wer soll sie sein? Jemand eine veraltete Feinschmeckerin wahrheitsliebend?“

„Nein“, sagte Ethel langsam, „sie ist in Wirklichkeit Frau Sutta von Eisingen, die Frau unseres Freundes.“

Salbern war sprachlos. Endlich fragte er: „Ethel, du scherzest? Karl Heinz? Gemahlin hat dich blind.“

„Sie war es“, sagte Ethel. „Aber sie wurde geheilt. Im einen Verstandstag zu haben, lebt sie ihre herrlichen Kunst. Aber sie liebt ihren Mann abgöttisch. Sie hat ihn schon als Kind geliebt. Sie liebte seine Stimme, und seit sie sehen kann, ist sein Bild ihr Helligkeit.“

Salbern war bloß geworden. „Die arme, unglückliche Frau. Während Karl Heinz hier ein Glück suchte, verzehrte sie sich in Sehnsucht nach ihm. Während ein junges Weib in tiefe Nacht geht, sehnsüchtig an den Garten denkt, reißt dieser umher und amüsiert sich. Was sind wir Männer doch für herzlose Gassen.“

„Nein“, sagte Ethel, „wir dürfen Karl Heinz daraus keinen Vorwurf machen, denn Jutta selbst hat das so bestimmt und gewollt.“

„Das ist allerdings etwas anderes“, sagte Salbern. „Aber was soll nun werden? Das muß ich Karl Heinz sofort mitteilen.“

„Nein, Frei, Jutta bittet uns um unser Schweigen. Sie will Karl Heinz in dem Glauben lassen, daß sie blind und

einem sich in irgend einem Winkel aufhält. Sie will sich ihrem Mann als Fremde nähern. Nur wenn Karl Heinz sie lieben lernt, ohne zu wissen, wer sie ist, dann wird Jutta glücken, daß er nicht nur aus Mitleid sich mit ihr vereint.“

„Frei von Salberns Augen glänzten. „Du“, sagte er, „ein richtiger Roman, und wir mit die am nächsten Beteiligten.“

„Vorläufig möchte Jutta dich auch gern kennen lernen“, sagte Ethel. „Ich habe ihr gesagt, daß ich dich liebe. Ich habe Jutta überhaupt alles erzählt, alles, Frei.“

„Sie haben sich lange und ernst in die Augen. Dann küßten sie sich.“

„Ich muß jetzt gehen. Bitte, begleite mich zu Jutta, sie erwidert uns.“

Freudbetäubend nickte er und verstand im Nebensinn. Bald fand er fertig vor ihr. Noch einmal umarmte er sie leidenschaftlich und küßte sie lange und heiß. Dann gingen sie zusammen hinaus. Mancher erlauchte Blick traf die beiden, die so selb lächelnd Arm in Arm dahinschliefen.

Jutta erwartete die Freundin und Herrn von Salbern in ihrem reizenden Salon. Sie freute sich, daß Herr von Salbern mitgenommen war. Er gefiel ihr sehr. Dieser wiederum war entzückt von ihrem Wesen. Mit seinem Laft vertrieb er Juttas Liebe mit zu erwidern. Ganz ganz freundschaftlich und kameradschaftlich war der Ton. Jutta küßte eine innige Zusammengehörigkeit mit den zwei Menschen, die vor noch nicht allzulange Zeit mit Karl Heinz täglich zusammen waren.

Ein paar Stunden später verabschiedete sich Salbern, um in einem Kabinett Ethels Vater um die Einwilligung zur Verlobung zu bitten.

Ethel blieb bei Jutta bis zum nächsten Tage. Da wollte Salbern seine Braut nach Frostak hinausbringen.

Ethel begleitete den Verlobten ein Stück. Der Abschied dauerte ziemlich lange. Beim Fortgehen flüsterte Salbern: „Was glücklich bin ich, wenn doch die zwei auch noch das Glück finden würden. Sie verdienen es wirklich. Wir müssen dafür sorgen, daß Eisingen kommt.“

(Fortsetzung folgt.)

Und zwar soll, wie in unterrichteten politischen Kreisen verlautet, Bezügen die Heraushebung der Freizügigkeit bei der Arbeitslosenversicherung über 8400 Mark Jahresentkommen hinaus zu fordern beabsichtigen. Das würde also bedeuten, daß künftig auch die Angestellten über 8400 Mark Entkommen Beiträge zur Arbeitslosenversicherung zu zahlen haben, daß sie dafür aber auch im Falle eintretender Arbeitslosigkeit deren Schutz genießen. In diesem Falle müßten also von den Arbeitsgebern der Angestellten künftig 2 1/2 v. H. des Bruttoentkommens, von den Angestellten selbst gleichfalls 2 1/2 v. H. entrichtet werden.

Abschließend sollen die Leistungen der Beamten bemessen werden, nur daß hier lediglich die 2 1/2 v. H. ihres Einkommens zu Gunsten der Arbeitslosenversicherung aufzubringen hätten, während Reich, Länder und Gemeinden aus naheliegenden Gründen von dieser Auflage befreit blieben. Alle diese Mittel sollen, wie gesagt, unmittelbar der Erwerbslosenversicherung zugeführt werden, die man über den außergewöhnlichen Kostendruck dieses Jahres damit hinwegbringen zu können hofft. Würde damit deren Status endgültig saniert worden sein, so könnte zu einem späteren Zeitpunkt die Einbeziehung der Beamten sowohl als auch die Einbeziehung der höheren Angestellten wieder befristet werden.



Die Weltkrieffestspiele eröffnet.

Am Theaterraum der Staatsoper am Platz der Republik zu Berlin wurde die Weltkrieffestspiele feierlich eröffnet. Der Präsident der Weltkrieffestspiele, Eugenius von Miller, bei der Ansprache.

### Aktive Außenhandelsbilanz.

187 Millionen RM. Uebersehuh im Mai.

→ Berlin, 17. Juni.

Die Ausfuhr fiel im Mai von 977 auf 1007, also um 120 Millionen RM. Auf der anderen Seite sank die Einfuhr von 889 auf 831 Mill. RM., also um rund 58 Mill. RM. Es ergibt sich somit ein Ausfuhrüberschuh von 266 Mill. und nach Abzug der Reparationsrückstellungen in der Höhe von rund 79 Mill., gegenüber 51 Mill. RM. im Vormonat, eine tatsächliche aktive Handelsbilanz von 187 Mill.

Der Rückgang der Einfuhr ist im wesentlichen auf die internationalen Preisstöße zurückzuführen, volumemäßig ist die Einfuhr etwa gleichgeblieben. Der Zollabrechnungsvorbericht erforderte im Mai nur kleinere Korrekturen, die den Ausfuhrüberschuh nur unwesentlich verringerten. Im einzelnen ging die Einfuhr von Lebensmitteln und Getreiden von 242 auf 209 Mill., und die Einfuhr von Rohstoffen und halbfertigen Waren von 480 auf 454 Mill. zurück, während die Fertigwaren-Einfuhr mit 159 Mill. unverändert blieb. Auf der anderen Seite stieg die Ausfuhr von Lebensmitteln und Getreiden von 37 auf 40 Mill. RM., die Ausfuhr von Rohstoffen und halbfertigen Waren von 200 auf 236 Mill. und die Ausfuhr von Fertigwaren von 234 auf 313 Mill. RM. Die Fertigwaren-Ausfuhr hat also den bei weitem erheblichsten Anteil an der Steigerung.

### Darker Gilberts Schlußbericht.

Das Reich soll sparamer sein!

→ Berlin, 17. Juni.

In diesen Tagen liegt der Schlußbericht des am Ende seiner Tätigkeit angelangten Reparationsagenten Parker Gilbert vor. Der Bericht gibt einen Ueberblick über die Zeit unter dem Damesplan. Obwohl der Reparationsagent in seinem Bericht feststellen muß, daß alle Tributzuforderungen auf Grund des Damesplanes von Deutschland pünktlich erfüllt worden sind, fühlte er sich ähnlich wie bereits vor Jahren bemüht, härteste Kritik an der Finanzgebarung des Reiches zu üben. Er bemerkt dann am Ende seiner langatmigen Ausführungen u. a. mit der Stabilisierung der Währung und der Annahme des Damesplanes sei man an einem Wendepunkt des deutschen Wiederaufbaues angelangt. In den folgenden Jahren habe die deutsche Wirtschaft bemerkenswerte Fortschritte gemacht.

Deutschlands Kredit im In- und Auslande sei wieder hergestellt worden, seine Industrien seien reorganisiert worden und der allgemeine Lebensstandard habe sich erheblich verbessert. Dieses Ergebnis liege in erster Linie durch den Fleiß und die Tapferkeit des deutschen Volkes erzielt worden aber auch andere Länder hätten in großem Maße dazu beigetragen, indem sie ihre Gelder für den Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft zur Verfügung gestellt hätten.

Nach der Auffassung Gilberts sei die Einschränkung aller öffentlichen Ausgaben jahrelang nicht auf der gebotenen Energie in Angriff genommen worden. Man müsse sich mehr nach der Deke strecken. Finanzausgleich, Verwaltungsreform und Reform der Arbeitslosenversicherung müßten einschließen in Angriff genommen werden. Besonders scharf verurteilt Parker Gilbert die Beamtengehaltserhöhung von 1927. Ferner wendet sich Parker Gilbert gegen die mangelnde Klarheit im Reichshaushalt, die die Kritik der Öffentlichkeit erschwere.

Deutsche Illustrierte heute neue Nummer bei Rich. Arnold

### Aus der Heimat und dem Reiche.

Kemberg, den 18. Juni 1930

\* Am 15. Juni abends traf hier die Jungflieger- und Junggehlenforschergruppe der Pflanzschule-Moabit ein, die gern auch Kemberg kennen lernen wollte. Die jungen Leute (Quinta bis Untersekunda) kamen von dem Jungfliegertreffen auf der Wasserflur; dann arbeiteten sie unter der Leitung von Prof. Dr. Heß v. Widborff in der Zannhäuser- und in der Bemschöhle auf dem Dörselberg bei Eisenach. Sie tauchten dort 3 Modellflugzeuge (Bauelemente). Von da zogen sie nach der Wetzfelde Stadt, wo die jetzt 76jährige Kembergerin Vertha Schneider geb. Niglitz, lebt. Im Stadtilm fand ein Modellfliegen auf dem Markt, sowie eine Flugzeugtaufe bei der neuen Haunbergsöhle statt. Von Stadtilm ging es über Paulinzella nach Schulforta, wo ihr Führer, der Berliner Studentent Johannes Schneider, nach dem kürzlich das erste Segelflugzeug der deutschen Hochschule für Leibesübungen getauft wurde, den Sohn von Klara Casse, geb. Niglitz, jetzt Wühlberg, besuchte. Die Gruppe gab vor dem Rektor Dr. Kranz und vor Schülern der alterberühmten Anstalt eine kleine Vorstellung (Vieder, Sprechstücke usw.). In Kemberg kamen sie gerade zu recht, um im „Blauen Licht“, aus dem Vertha Schneider stammt, einige Bilder des reizenden Festspiels zu sehen. Ein Schüler, Nicolaus, hat Otel und Tante in Kemberg. Durch Fritz Heym war die Gruppe sehr gut im Palmbaum untergebracht und verpflegt worden. Sie hat der Redaktion der „Kemberger Zeitung“ eine Begrüßung gebracht und dabei Faust und Villenhal, sowie Friedrich Niglitz auftreten lassen. Wir hören, daß die fliegerischen Vortreibungen in Kemberg, wo gutes Gelände dafür da ist in Wäldern sich zu einer Fliegergruppe veredigen werden.

\* Die Meisterprüfung im Fleischerhandwerk bestand in Potsdam der Fleischerlehre Walter Raft von hier, Leipziger Straße.

\* Turnsport. Am vergangenen Sonntag wurden in Gräfenhainichen die Gaumeisterchaften im Volksturnen des Anh-Sächsl. Turnvereins ausgetragen, an dem sich auch einige Turner des hiesigen M.-L.-V. beteiligten und nachstehende Siege errangen:

- 5.-Rampf (Mittelstufe)
- 3. Sieger Hans Lubley 59 Pkt.
- 5.-Rampf (Unterstufe)
- 2. Sieger Werner Weidanz 71 Pkt.
- 3. Sieger Richard Reinecke 68 Pkt.
- 3.-Rampf (Jugend Jahrg. 1912/13)
- 4. Sieger Herbert Wildau 55 Pkt.
- 100m-Lauf (Jugend Jahrg. 1912/13)
- Gaumeister Herbert Wildau 124 Pkt.
- (Im Vorlauf 11,8 Sek.)
- Distanzlauf (Unterstufe)
- Gaumeister Richard Reinecke 26,45 m

Düben, 15. Juni. Der Grünanwärtler Koch von hier, der mit Frau und Schwiegermutter am Sonnabend mit seinem Auto von Leipzig kommend, sich auf der Fahrt nach Bitterfeld zu befand, verlor plötzlich durch Verlangen der Steuerung die Gewalt über den Wagen. Das Auto rannte gegen einen Baum und wurde dabei stark beschädigt. Koch kam ohne jede Verletzung davon, seine Frau erlitt nur eine kleine Verletzung, die Mutter der Frau aber, die ankommend von einem starken Schrecken befallen wurde, als sie das Unglück kommen sah, wurde von einem Herzschlag getroffen, der in wenigen Augenblicken ihren Tod zur Folge hatte. Der Wagen mußte abgeholt werden.

Burgfennig. (Ein Schwindler festgenommen.) Am Sonnabend vorm. gelang es dem hiesigen Landjäger, auf dem Bitterfelder Bahnhof einen Schwindler festzunehmen. Dieser, ein Mann aus Ammenborn, hatte sich einem Burgfenniger zu einem Vermittlungsgehalt angeboten und auch schon 150 RM Provision erhalten. Für Sonnabend vormittag hatte der Ammenborner den Burgfenniger nach dem Bitterfelder Bahnhof bestellt, da er angeblich nicht bis nach Burgfennig kommen könnte.

Reichsh., 14. Juni. Eine Kleinhandelsbank für 650 000 RM — aber 200 000 RM sind noch nicht bezahlt. Die Aktien der mit einer Gesamtsumme von 650 000 RM erbaute „Vierfelder-Schule“ sind in Höhe von 400 000 RM durch eine 15%ige Anleihe gedeckt. Für die restlichen 200 000 RM kommen bisher nur 50 000 RM durch Vermittlung des Kultusministeriums als Zuschuß der Regierung befristet werden. Sollte sich für die Beschaffung der Restsumme bei der schlechten finanziellen Lage der Stadt eine Krise ergeben, die durch die Stilllegung der stark belasteten und an der Steuerabfertigung beteiligten industriellen Unternehmen eintreten könnte, so würden die Verbindungen vor allem die beim Bau der Schule tätigen gewerblichen Firmen und Handwerker sein.

Oranienbaum. (Abbau des Amtsgerichts.) Zum 1. Juli wird Amtsgerichtsrat Gehrt von hier an das Amtsgericht in Jersch und Amtsrichterin Gerhard aus Jersch zum Amtsgericht nach Dessau versetzt. Die Amtsgerichtsratskammer in Oranienbaum wird vorläufig kommissarisch verwaltet werden durch Gerichtsassessor Dr. Mühlberg. Wahrscheinlich bedeutet die vorläufige kommissarische Verwaltung die erste Stufe zum gänzlichen Abbau unseres hiesigen Amtsgerichts.

Dessau. (Tag der „G 38“ nach Paris.) Auf Einladung des französischen Luftfahrtministers Laurent Cymac

ist heute morgen 5.57 Uhr das deutsche Tiefenflugzeug Junkers G. 38 zur Pariser Tagung der F.A.Z. in Dessau gestartet. Das Flugzeug wird gegen Mittag in Paris erwartet. Es wird geführt von den Junkers-Piloten Zimmermann und Schünzinger.

Dessau, 16. Juni. Ein Storchphänomen hat sich auf dem Elbweien aufgetan. Täglich verarmten sich etwa 30 Störche, um gemeinsam Futter für ihre Jungen zu fuchen. Da der Storch verhältnismäßig große Futterreviere braucht und die bekannten Storchensiedlungen der Umgebung nicht so viel Störche aufweisen, mußten sie von weither kommen. Vogelkundige schätzen bis auf 30 Kilometer Entfernung bis zum Hinstor; die Störche machen den Weg mehrmals täglich. Die eingesehene Störche, die sonst jeden Eindringling wegweisen, sind machtlos. Man führt das noch nie beobachtete Phänomen auf die große Trockenheit zurück.

Elbfl. (Mansfelder Seefreis.) Von einem Hunde übel zugerichtet. Auf einem Grundstück wurde eine 37jährige Frau aus Neuhauen. Die Viehputzer brachte, von dem auf dem Hofe frei herumlaufenden großen deutschen Schäferhund angefallen. Der Hund zerließ die Frau das linke Bein und beide Oberarme, so daß sie in die Klinik geschafft werden mußte.

Sägen. Beim Sprung in den Teich verunglückt. Ein junger Mann sprang beim Baden von der den höchsten der an der Sarfstraße abgrenzenden hohen Mauer in das Wasser. Da der Teich jedoch für einen solchen Sprung zu flach war, geriet er auf Grund, wobei er sich an einem schrägen Gegenstand den Unterleib aufriß. Er wurde dem Krantenhaus zugeführt.

### Strahnenstadt in Teuchern

Weihensfeld. Anlässlich einer nationalsozialistischen Versammlung in Teuchern kam es zu Zusammenstößen zwischen Verarmungsstellennehmern und Kommunisten. Die in Strahnen von etwa 500 Mann herangezogen waren. Es entspann sich eine Schlägerei, in der acht Personen schwer verletzt wurden.

### Ein Grab aus der Steinzeit

Weihensfeld. Bei den Ausschachtungsarbeiten für den Schulneubau in Engelsdorf stieß man auf vorgefundenen Funde. Bei der Untersuchung durch die Landesanstalt für Vorgeschichte zu Halle gelang es, einen sehr interessanten Fund zu bergen. Es handelte sich um die Beifindung in einem Hause. Das Haus war mudenformig in den Boden eingetieft und von ovaler Form. An einer Querseite lag auf dem Boden der Tote. Er lag auf dem Rücken die Unterarme unter dem Leib, die Beine leicht angewinkelt. Die Richtung war von Süden nach Norden, der Kopf im Süden. Begabten fanden sich nicht, wohl aber geben Gefäßfunde aus dem Hause die Möglichkeit, die Siedlungsstelle und das damit gleichzeitige Grab der Steinzeitdamit der jüngeren Steinzeit zuzuweisen, so daß die Anlage mindestens ein Alter von 4-5000 Jahren besitzt. Gräber dieser Steinzeitdamit sind bisher in Mitteldeutschland nur ganz wenige bekannt.

### Raubüberfall bei Köthen

Köthen (Unfall). Auf der Kreisstraße nach Zehringen wurde der Schneehändler Otto Müller von zwei jungen Leuten überfallen, so Boden geschlagen und verurteilt. Die Täter, die aus Hölzfeld stammen, konnten von der Landjäger ermittelt und festgenommen werden.

### Neuer Trichter in Bienenburg

Bienenburg. Auf einem zur Domäne Bienenburg gehörenden Bienenstand an der Fuhrmühle ist ein neuer Trichter von etwa zwei Meter Durchmesser und drei Meter Tiefen entstanden. Der Trichter wurde sich selbst von der Erde erdneht, die Erde wurde abgetragen und in den Trichter hineingehängt. Der Trichter wurde sich selbst von der Erde erdneht, die Erde wurde abgetragen und in den Trichter hineingehängt. Der Trichter wurde sich selbst von der Erde erdneht, die Erde wurde abgetragen und in den Trichter hineingehängt.

Das gefährdete Baugelände, insbesondere die Grauhäuser Bitterfelder mit dem großen Krater, wurde durch Präsident Frey von der Reichsbahnverwaltung Magdeburg besichtigt. Er erörtere an, daß das wieder abgetragen und in den Trichter hineingehängt. Der Trichter wurde sich selbst von der Erde erdneht, die Erde wurde abgetragen und in den Trichter hineingehängt.

### Die Mansfelder Angestellten gegen Gehaltsabbau

Einleben. Die Angestellten-Domäne sämtlicher Werke der Mansfeld A.-G. fassen einen Beschluß, in dem die Verarmten erklären, keinem Gehaltsabbau zustimmen zu können, solange nicht die Entscheidung über die Weiterführung der Betriebe getroffen ist. Tarifverhandlungen seien zwecklos, solange die Stilllegung andauernd und die Arbeiter überhalb des Betriebes stehen. Mit Bedauern nahmen die Verarmten davon Kenntnis, daß die Betriebsleitung für Juni nur abfahrsweise 85 Prozent Gehalt ausahlen wolle. Die Rechtsprüfungen auf die bisherigen Gehälter können dadurch nicht berührt werden.

### Zwei Kinder ertrunken

Eilenburg. Bei Döbern an der Mulde ertranken der 14jährige Sohn des Arbeiters Thibbe und die 12jährige Tochter des Arbeiters Dilsner aus Eilenburg. Das Mädchen wollte bei der Familie Thibbe zu Besuch. Die Leichen konnten geborgen werden.

Sangerhausen. Freitagesfeuer. Der Freitags des Festes Sangerhausen wird sich mit dem Antrag des Kreis-Ausschusses auf Einführung eines Freitagesfestes in kommenden Woche zu beschließen haben. Von der Steuer freien Freitagen von Jagdinspektoren und Jagdschutzbeauftragten erst erfährt werden. Im übrigen sollen für jedes Freitagsfest im Jahre 40 Reichsmark bezahlt werden.



Schneeweiß wie diese Blütenkelche

wird Deine Wäsche durch das vorzügliche selbsttätige Waschmittel

OZONIL

### Die Arbeitszeit im Braunkohlenbergbau

Genf, 18. Juni.

Die Kommission für die Vereinfachung der Arbeitszeit im Kohlenbergbau hat gestern nachmittag den deutschen Antrag, den Braunkohlenbergbau aus der zur Beratung liegenden Konvention herauszufallen, mit 24 gegen 20 Stimmen angenommen. Damit ist eine der Hauptschwierigkeiten für das Zustandekommen einer Konvention beseitigt worden. Der deutsche Antrag belagt u. a., daß die Arbeitszeit im Braunkohlenbergbau in einem besonderen Abkommen geregelt werden wird, über das auf der Internationalen Arbeitskonferenz des Jahres 1931 zu verhandeln ist. Bis dahin werden alle Länder, die das Gleitverfahren angenommen ratifiziert und in Kraft gesetzt haben, für den Braunkohlenbergbau die Bestimmungen des Übereinkommens von Washington über die Beschränkung der Arbeitszeit in den gewerblichen Betrieben anwenden.

### Aus Nah und Fern.

**Spandau.** Eiferuchtsdrama in Spandau. Der 33jährige Fritz Kuehn aus der Schifferstraße 20 erliefen auf dem Laubengänge in der Kolonie Wasser-Sportheim am Ruff, das seine 23jährige Ehefrau Hildegard, die mit ihm in Scheidung lebt, gepachtet hatte und gab nach einem kurzen Wortwechsel einen Schuß auf sie ab, der sie am Hinterkopf verletzete. Darauf schoß der Ehemann auf den zufällig in der Nähe weilenden 41jährigen Wälschänder Richard Herrmann aus der Seeburger Straße 89 und verletzete ihn an der linken Wange. Nach dieser Tat richtete der Täter die Waffe gegen sich selbst und brachte sich eine erhebliche Schußwunde bei. Alle drei mußten in das Krankenhaus Spandau überführt werden.

**Lübeck.** Das 40. Todesopfer in Lübeck. Wie das Gesundheitsamt mitteilt, ist ein weiterer Säugling nach der Nahrung mit dem Gaimetio-Präparat gestorben, so daß die Gesamtzahl der Todesopfer 40 beträgt. Krank sind noch 86 Säuglinge, geheilt 48, gesund oder in ärztlicher Beobachtung 72.



**WECK**  
Konservengläser  
Frischhaltungsgeräte  
Safegewinner  
sind nur die der  
Firma WECK Öflingen

Vertreter für Kemberg  
Fr. Heym, Eisen und Kurzwaren

**Gera.** Ein Kind in der Abortgrube. Im Hause Gruberstraße 14 hörte eine Bewohnerin aus einer Abortgrube leises Klammern. Es wurde ein neugeborenes Kind weiblichen Geschlechts noch lebend geboren. Wie festgestellt wurde, war ein im Hause beschäftigtes 20jähriges Dienstmädchen von der Geburt überrascht worden, was es verheimlichte. Mutter und Kind sind dem Städtischen Krankenhaus zugeführt worden. Das Kind ist verstorben.

**Strabburg.** Unwetter in Nieder-Bayern. Eine Reihe schwerer Gewitter gingen über die hiesige Gegend nieder. Der Blis jählig wiederholt ein. In einer Schreinererei wurde ein kleiner Brand verursacht, der aber noch rechtzeitig gelöscht werden konnte. Gleichzeitig gingen starke Regengüsse nieder, begleitet von heftigem Hagelgeschlag, so daß es zunächst schien, als sollte sich die Unwetterkatastrophe vom Juni 1929 wiederholen. Glücklicherweise wurde aber kein größerer Schaden angerichtet. Leider haben die Gewitter auch zwei Menschenleben gefordert. Der verheiratete Obermüller Ralich von Rain, Vater von sechs Kindern, und die Hütterschkefrau Jützer von Dürnbach wurden vom Blis getroffen und sofort getötet.

**Reinigungsreinigung.** Ein sicherwirkendes Reinigungsmittel für Kessel, Blech, Eisen, Holz, um Flecken ist das Bleichmittel Seifig. Ein Bleichmittel-Stückchen in Seifig gelöst und alle Flecken sind aus Ihrer Wäsche verschwunden. Seifig bedeutet auch vollkommenen Erfolg für Wäschebleiche. Ein guter Rat: Waschen Sie Ihre Wäsche mit Dr. Thompsons Seifenpulver Marke Schwan, bleichen Sie mit Seifig, Seifig wäscht und bleicht — unerschrocken.

### Kirchliche Nachrichten.

Kotta.  
Konfirmandenunterricht 2. Abteilung Donnerstag 11 Uhr.  
1. Abteilung Sonnabend 11 Uhr.

## Hotel „Blauer Hecht“

Sonntag abend punkt halb 9 Uhr  
Der große Doppelspielplan

Ein atemberaubendes Sensationsprogramm mit **Richard Talmadge**. Der brillante Sportsman, der Meister der 1000 Sensationen, der beste Springer und Boxer, zeigt sich auf der Höhe seiner Kraft und Gewandtheit inmitten einer Welt voll Kampf mit Dieben und Verbrechern in dem großen Sensations-Kriminal-Abenteuer

Im gelben Viertel von New-York

### Seine Majestät der Hausfreund

Die Geschichte einer modernen Ehe mit dem Welt-Star  
**Bebe Daniels**

### Sensen Sichel

- Sensenambosse
- Sensenhämmer
- Sensenringe
- Sensendrähte
- Wetzsteine
- Wetzfässer
- Heugabeln
- Harken

### J. G. Glaubig

#### Kükenaufzucht

ohne Verluste;  
den höchsten Eierertrag auch von Hühnern, die ohne freien Auslauf gehalten werden, erhält man durch das jahreszeitlich bewährte und allgemein beliebte

### Nagut

**Geflügel- und Kükenfutter**  
Die Wosnische Geflügelfarm in Niederebersbach bei Frankfurt a. M. schreibt am 27. 1. 1930: „Meine sämtlichen Hühner werden vom Küken bis zur Legehennin nur mit Nagut aufgezogen und gefüttert. Ich habe seit 1925 Verluste mit sämtlichen Futtermitteln gemacht und kann nur jedem Nagut als das beste und preiswerteste Futter empfehlen, da durch die gute Zusammenfassung des Nagut-Futters der Henna sämtliche Stoffe, die sie zu ihrem Aufbau und zur Leistung braucht, zugeführt werden.“  
Erhältlich bei: **Rudolf Suhn**, Kemberg, Burgstraße 15

### Prima frisches Rind- und Hammelfleisch

empfiehlt **Rich. Krausemann Nachf.**

Lebensmittel-Geschäft

### Ww. E. Reinecke

Anhalterstr. 15 - Telefon 356

Billig! Empfiehlt **Billig!**

Erdbeeren, Süßkirschen

Bananen, Tomaten

Zitronen - Äpfel

Apfelsinen - Radieschen

Blumenkohl - Rhabarber

Wirsingkohl - Spinat

Kohlrabi - Sappengrün

Möhren - neue Kartoffeln

Schoten, neue saure Gurken

gr. Bohnen - alte Kartoffeln

Salat - Heringe

Salat-Gurken

### Fisch-Marinaden

Eine

### Ruh mit Kalb

verkauft

**E. Schulze, Nachf.**

### 3 Morgen Wiese

zu verpachten **Lehrer Ludwig**

Primä junge

### Maifgänse Maifenten Maifhühnchen

sowie

### Reh zerlegt

empfiehlt

**Arthur Thamm, Bergw.**

Fernprediger Kemberg 289

Für den Verkauf der beliebten

„Herma“-Käuzchen-Autoöle

wird zünger

### Bezirksvertreter

bei hohen Verdienstmöglichkeiten gesucht.

Branchenkenntnisse nicht erforderlich.

Gest. Angebote unter **S. G. 6951** an **Ala Haafenstein & Vogler, Hamburg 36.**

Ein gut

### möbliertes Zimmer

vermietet sofort

**P. Schwarz, Leipziger Str. 55**

### Rechtsrat

Prozeßsachen (Amts- u. Landgericht)

Kaufverträge, Testamente,

Steuerachen (Vermögenssteuer)

**A. Lehmann**, Gerichtsreferendar a. D.

und öffentl. angekl. Verfeigerer

Weinbergstraße 8

### M.-T.-V.

Morgen Donnerstag, den

19. Juni, abends 7,9 Uhr

im Hotel Palmbaum

### Turnratsitzung

Anschließend um 9 Uhr

### leichte Vermählung

beim Turnbruder Emil Ottensmann.

Um zahlreiches Erscheinen bittet

### Der Vorstand

Sonntag, den 22. Juni findet in

Bad Schmiedeberg das diesjährige

Bezirksturnfest statt. Alle Wett-

kämpfer müssen sich bis Freitag bei

den Abteilungsturnwarten melden.

Abfahrtszeiten werden Freitag abend

in der Turnhalle bekannt gegeben.

### Der Oberturnwart

Ziegen-Kaninchen-

u. Geflügelzüchter-

Verein.

Morgen Donnerstag,

den 19. Juni, abends 7,9 Uhr in

der goldenen Weintraube

### Versammlung

Der wichtigen Tagesordnung

wegen, macht es sich notwendig, daß

ein jedes Mitglied erscheint. Hier-

zu Freitag. **Der Vorstand.**

### Schützengilde

Sonabend, d. 21. Juni,

abends 8 Uhr

### Gesellschaften

**Der Vorstand**

## Schützenhaus

Sonntag ab 6 Uhr

## großer Ball

Stimmung wie immer

Musik durch unsere Stimmungskapelle

Verschiedene Überraschungen

Herzlich ladet ein

**Karl Fröhnel**

## Zerbster Pferdemarkt-Lotterie

1 Los 3,- RM.

Ziehung am 19. August 1930

3600 Gewinne im Gesamtwerte von 100000 RM

Rein Gewinn unter 5 RM

### Sehr gute Gewinnaussichten

zu haben bei

**Richard Arnold, Buchdruckerei**

Für die uns anlässlich unserer Silberhochzeit in so reichem Maße erwiesenen Glückwünsche und Geschenke danken wir innigst

**Reinhold Hessler und Frau**

Für die Gratulationen und Geschenke zu unserer Vermählung danken wir herzlichst

**Richard Hönemann und Frau**

Martha geb. Geißler

Kemberg-Reuden, im Juni 1930

Gestern nachmittag 1/2 6 Uhr entschlief sanft und ruhig nach schwerem Krankenlager im Sanatorium Berlin-Grünwald meine innigstgeliebte Gattin, unsere herzengute Tochter, Schwester, Schwägerin und Tante

## Frau Ida Harzmann

geb. Röhm

In tiefer Trauer und im Namen aller Hinterbliebenen

**Paul Harzmann**

Die Beerdigung findet Freitag nachmittag von der Friedhofskapelle aus statt.

# Kemberger Zeitung

vormals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Er erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. Wöchentliche Beilagen: Landmanns Sonntagsblatt und „Illustriertes Unterhaltungsblatt“. Bezugspreis: Monatlich für Abholer 1,25 M., durch Boten ins Haus gebracht in Kemberg 1,35 M., in den Sandorten 1,40 M., durch die Post 1,45 M. — Im Falle höherer Gewalt Betriebsstörung Streik u.ä. erlischt jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die halbpalene Fettschleife oder deren Raum 15 Pfg., die halbpalene Reklameschleife 40 Pfg., Annoncenzeile 50 Pfg. / Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Wiedergabe und druckliche Gleichberechtigung durch Fernsprecher aufgeborener Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. / Beilagsgebühr: 10.— M. das Laufend, zuzüglich Postgebühr; Schluß der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 70

Donnerstag, den 19. Juni 1930

32. Jahrg.

Donnerstag, den 26. Juni, 14 Uhr.

## Mütterberatungsstunde

in Bürgerlaal.

Kemberg, den 17. Juni 1930.

90) Der Magistrat.

Wer im Staatsort **Tornau** in diesem Jahre

## Beeren und Pilze

sammeln will, wird aufgefordert, sich bis zum **25. Juni** in der Stadtschreiberei zu melden.

Kemberg, den 17. Juni 1930.

91) Der Magistrat.

## Für Berufsschüler.

Die Regierung hat die Unterrichtszeit für jeden Berufsschüler auf 6 Stunden wöchentlich festgelegt. Dadurch erhöht sich die Unterrichtszeit der **Nichtzechner** von 4 auf 6 Stunden.

Wir bitten die Lehrmeister, alle Lehrlinge von nächsten Montag an regelmäßig dreimal wöchentlich zum Unterricht zu schicken.

Kemberg, den 18. Juni 1930.

92) Der Magistrat.

## Neues in Kürze.

\* Die preussische Regierung hat zu dem Deckungsprogramm Modenbauers Verengungsbeschlüsse eingereicht, von deren Annahme sie ihre Haltung in dieser Frage abhängig macht.

\* Neben den Demokraten und der Volkspartei hat jetzt auch in einem Briefe an den Reichsanwalt die Wirtschaftspartei ihre Bedingungen zum Deckungsprogramm bekanntgegeben.

\* Im Reichstag kam es zu heftigen Zusammenstößen zwischen den Sprechern der einzelnen Parteien und den Nationalsozialisten.

## Haushalt des Inneren.

Das Lübecker Säuglingssterben.

von Berlin, 17. Juni.

Präsident Lohde eröffnet die Reichstagsession um 8 Uhr. Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung des Haushalts des Reichsministeriums des Inneren. Der Eintritt in die Beratung gibt

Reichsinnenminister Dr. Wirth an den Lübecker Kindererkranungen eine Erklärung ab, in der er den betroffenen Familien das tiefste Mitgefühl der Reichsregierung ausdrückt. Sowohl vom Staatspräsidenten als auch seinerseits gelobte alles, um eine möglichst schnelle Besserung herbeizuführen. Die Untersuchungen über das Verfahren selbst würden nach etwa sechs Wochen dauern.

Abg. Soltmann (Soz.)

beglückwünscht zunächst den Verein für das Deutschtum im Ausland zu seinem Jubiläum und verbindet damit den Wunsch, daß es ihm mehr und mehr gelingen möge, sich von chauvinistischen und antirepublikanischen Rundgebungen freizuputzen. Er wendet sich dann gegen die vom Ausschuss angenommene Entschliessung gegen den Kulturbolschewismus. Der Redner beschäftigt sich dann mit der Frage einer Wahlrechtsreform. Für eine Abschaffung des Verhältniswahlrechts werde es die notwendige Mehrheit im Reichstag nicht geben. Eine Verringerung der Abgeordnetenwahl lehne die Sozialdemokratie ab. Der Reichstag müsse mehr für Aufklärung über sich selbst sorgen. Das ganze Reichsparlament solle jährlich nur den zehnten Teil seines Paragrafenbuches, nur 0,12 Prozent auf der Kopf der Bevölkerung.

Als dringlich bezeichnet der Redner die Reichsreform.

In diesem Zusammenhang erörtert er auch den Konflikt des Reiches mit Thüringen. Das Vorgehen des Ministers Seering habe sich als richtig erwiesen. Es sei eine unerhörte Zumutung des Reiches, dem erklärten Aufschreien und gerichtlichen Vorverfahren Fried Reichsgelder zur Bewaffnung von Nationalsozialisten in die Hand zu geben. Das Uniformverbot und der Erlaß über die Schnellpost seien zu begründen.

Abg. Dr. Spahn (Dnt.)

trifft sich das Vorgehen des Innenministers gegen die thüringische Regierung und gegen den westdeutschen Stahlhelm.

Gerade wie, so fährt der Redner fort, haben den jetzigen Reichspräsidenten auf den Schild erhoben, weil er eine über den Parteien stehende Persönlichkeit ist, die über dem Streit der Parteien stehen soll. Um so größer ist unter schmerzlichen Bedauern darüber, daß die jetzige Regierung nicht die Vorkehrungen Reichspräsidenten gegenüber walden läßt, die geboten ist. Die jetzige Regierung rüht an die Grundlagen des reichspräsidentiellen Amtes durch die Art, wie sie den Reichspräsidenten in den Vordergrund schiebt, um vollstehende Augenblicke zu erzielen.

Schon haben wir Kräfte genug am Werke, um nach dem Scheitern des Experiments Weimars mit neuen Methoden den Streit von ersten Kräfte Mütter gemachten Verlust zu wiederholen, die Regierung in die Hand einer Arbeitsgemeinschaft von Kapital und Waffe zu legen. Das Ver-

ständnis für konservative Gedanken ist in allen bürgerlichen Parteien gewachsen. In der Zentrumspartei wird es sogar dem Republikaner Dr. Wirth nachgelobt. Wir sind trotz mancher Gegenfälle auf anderem Gebiet einig mit den Nationalsozialisten in der Ablehnung dieser Regierungsauffassung.

Reichsinnenminister Dr. Wirth

erwidert, ihm liege nichts ferner, als mit schrankenlosen Maßnahmen der Opposition entgegenzutreten. Das geht auch für das Stahlhelm-Verbot im Westen. Die Vorlegung eines neuen Reichsgesetzes wäre sehr erwünscht, aber ein praktischer Erfolg ließe damit nicht zu erreichen, solange keine Aussicht auf ein Kompromiß der Parteien in der Stimulanzfrage vorhanden sei. Die Behandlung der Schulgebetfrage durch die thüringische Regierung habe auch in Kreisen der evangelischen Theologen viel Widerspruch gefunden.

Es gehe gegen Sinn und Geist der Verfassung und des deutschen Volkstums, daß Gebete anempfohlen werden, die geeignet sind, Gruppen von Volksgenossen zu verleihen. (Abg. Dr. Goebbels (Nat.-Soz.): Das sind ja keine Volksgenossen — Unruhe. Der Ruf erhalt einen Ordnungsruf.) Auch im Zentrum gebe es nur eine einstimmige Beurteilung der thüringischen Schulgebete.

Abg. Dr. Schreiber (Ztr.)



reform, die mit der Selbstständigkeit der Einzelstaaten Schluß macht. Die Uniformverbote seien zu begründen, die Durchführung des Waffenerbotes müsse doch energischer erfolgen als bisher. Das Uniformverbot lehne die Deutsche Volkspartei ab, sie sei aber bereit, an allen anderen Forderungen mitzuarbeiten.

Abgeordneter Dreiwitz (W.-F.) fährt aus, die Antipathie weiter Volkstreue gegen den neuen Staat richte sich nicht gegen die republikanische Staatsform, sondern sie sei auf das Gefühl zurückzuführen, daß die Verfassung nur für bestimmte Kreise in Deutschland in Anwendung gebracht wird. Der Redner behauptet, daß der Antrag kein Partei, das Wahlalter auf 24 Jahre heraufzusetzen. Dann werde erstens die Zahl der Mandate verringert, und zweitens könne sich dann der Nationalsozialist Dr. Fried seine Wähler mit der Laterne suchen. Die Reichsreform werde ganz von selbst unter dem Druck der wirtschaftlichen Not kommen.

Abgeordneter Dr. M u m m (Dnt. Arbeitsgemeinschaft) bebauet die Zuspitzung des Konfliktes mit Thüringen. Zur Frage der Schulgebete erklärt er, daß einige nicht zu beanstanden seien, andere aber mit dem Geist der christlichen Religion nicht vereinbar seien.

Abgeordneter V e i t h (Bayer. Zp.) bittet den Minister, sich nicht durch Parlamentarier zu einem überflüssigen Tempo in der Frage der Reichsreform drängen zu lassen. In der Frage des Konfliktes mit Thüringen stimmt der Redner den Ausführungen des Abgeordneten von Kardorff zu. In das Gebot dürfe man nicht die Beurteilung ganzer Volksgruppen einfließen. (Abgeordneter Dr. Fried (Nat.-Soz.): Das steht doch nirgends drin!) Auf die Frage, warum ich nicht gegen die Juden rede, habe ich einmal geantwortet: Ich bin ein Vertreter der christlichen Weltanschauung, die das Gebot enthält, daß wir alle Menschen lieben sollen. (Rufe bei den Nat.-Soz.: Nur die Nationalsozialisten nicht!) Ich habe die Nationalsozialisten gerade so gern wie die Juden (Geisterzeit).

Abgeordneter Dr. K ü l z (Dem.) stimmt der Haltung des Ministers gegenüber Thüringen zu. Für die Reichsreform hielten die Demokraten nach wie vor an der Förderung des dezentralisierten Einheitsstaates fest. Zur Wahlreform erklärt der Redner, daß das Stimmwahlrecht wegen seiner großen Mängel beseitigt werden müsse.

Abg. Dr. Frid

mit lebhaften Zurufen empfangen, führt aus, der Kampf gegen Thüringen habe groteske Formen angenommen. Die richtige Antwort auf die Sperrung der Polizeijuldische wäre, den thüringischen Finanzministern die Ableitung der Gelder aus dem Reich zu unterlagen. (Großes Gelächter links und Rechts. Versuchen Sie das doch einmal!) Im Gegensatz zu Seering habe sich Dr. Wirth zunächst bemüht, objektiv die Dinge anzusehen. Staatssekretär Zweigert habe sich überzeugt, daß in Thüringen alles in bester Ordnung und die Sperrung der Polizeigelder unberechtigt war.

Die Verfassunggebung der Polizei habe dann in der Folge die Befehle einiger Stellen notwendig gemacht. Die thüringische Regierung habe dabei nicht das preussische Beispiel übernommen, verdiente Parteigenossen an die Spitze zu bringen, sondern Verwaltungsbeamte vorgeschlagen, die den allgemeinen Befehlungsdruck vorgebracht hatten.

(Wärmende Jurufe links. — Abgeordneter Dreher (Nat.-Soz.) erklärt wegen verschiedener Jurufe den dritten Ordnungsruf.) Das Vorgehen des Innenministers widerspricht der Verfassung. Der unpolitische Charakter der Polizei ist in Thüringen durchaus gewahrt. Es ist überhaupt Unfinn, daß Nationalsozialisten nicht Polizeibeamte sein dürfen, wenn sogar der oberste Chef der Polizei Nationalsozialist ist. Wenn man schon ein Ausnahmerecht schaffen will, muß man zunächst dafür sorgen, daß ich von meinem Amte als Innenminister entsetzt werde.

(Wärmende Zustimmung links. — Abgeordneter Rühnt (Soz.) erhält einen Ordnungsruf. — Abgeordneter Dreher (Nat.-Soz.), der in Jurufen die Gefährdung des Präsidenten kritisiert, wird zum vierten Male zur Ordnung gerufen und aus dem Saale gerufen. — Värm bei den Nat.-Soz. — Abgeordneter Goebbels erhält mehrere Ordnungsrufe. — Schließlich wird auch er vom Präsidenten aus dem Saal gewiesen.) Der Redner erklärt dann weiter, daß durch die Empfehlung der Schulgebete die verfassungsmäßige Gewissensfreiheit nicht eingeeignet worden sei. Voraussetzung für den Wiederaufbau sei die religiös-sittliche Erneuerung. Was die Worte „Berrat“ und „Beirug“ angeht, so fährt der Redner fort, so besteht doch kein Zweifel, daß Sie, die Sozialdemokraten, in höchstem Maße Volks- und Landesverrat getrieben haben. (Großes Värm bei den Sozialdemokraten und bauerne Schlußrufe.) Der Redner erhält einen Ordnungsruf.) Es handelt sich bei den thüringischen Gebeten nicht um Halbgabete, sondern um Freiheitsgebete. Ich habe, so erklärt der Redner zum Schluß, den Eid auf die Reichsverfassung und die thüringische Staatsverfassung geleistet, ich habe aber nicht geschworen, in Weimar Berliner Politik zu machen. Ich werde betreibt sein, das grüne Herz Deutschlands zu einem Blut des nationalen Widerstandes, des Wehr- und Freiheitswillens zu gestalten.

Reichsinnenminister Dr. Wirth

stellt fest, daß der thüringische Minister Baum in der Frage der Schulgebete dem Minister Fried ernsthafte Vorhalte gemacht habe.

Wenn in den von Dr. Frid empfohlenen Schulgebeten Gottes Strafe für Landesverrat und Volkswerrat erlitten wird, so werden die Schüler doch fragen, wie es damit steht. Der gewissenhafte Lehrer wird dann auf die verschiedenen Hochverratsfälle eingehen und vielleicht berichten er auch davon, daß der jetzige Minister Dr. Frid, wegen eines Verbruches des Hochverrats zu einem Jahr und drei Monaten Festungshaft verurteilt worden ist (Hört! Hört!).

Die von Dr. Frid empfohlenen Schulgebete sind in den Gutachten hervorragender evangelischer Theologen abgelehnt worden, auch von dem jüngst verstorbenen großen Theologen Harnack. (Zuruf des Abgeordneten Dr. Spahn (Dnt.) Herr Dr. Spahn, Sie mögen über vieles ein Urteil haben, aber nicht über das Lebenswerk selbst von Harnack (Sebb. Zustimmung). Die Art, in der die Nationalsozialisten die Disziplin in unserer kleinen Wehrmacht zu untergraben werden, in der sie zum gewalttätigen Sturz der Verfassung aufstehen, läßt es unmöglich erscheinen, einen leitenden Polizeiposten in die Hände eines Nationalsozialisten zu legen.

Die für die Gewährung der Polizeijuldische aus Reichsminister in den Reichstagen festgelegten Voraussetzungen sind nicht erfüllt, wenn ein Nationalsozialist auf solche Posten gestellt wird. Darum ist der Reichsinnenminister verpflichtet, die Polizeijuldische an Thüringen zu sperren.

Abgeordneter F r ö l i c h (Soz.) nennt die Rede des Abgeordneten Dr. Frid eine einzige Pronotation gegenüber der Sozialdemokratie. Abgeordnete Frau R e u h a u s (Ztr.) beklagt die hitzigen Zustände in den Großstädten. Das Angebot der Weimarer ist schon nachmittags so groß, daß sich die Männer durch die Hauptstraßen nur mit Mühe durchkämpfen können. Abgeordneter Dr. R e u b a e r (Komm.) erklärt, bei dem Kampf zwischen Reich und Thüringen handele es sich in Wahrheit nicht um Polizeigelder oder Schulgebete, sondern um die Schaffung eines mittel-